



Allianz von Humanisten
Atheisten & Agnostiker

Pressemitteilung

AHA begrüßt den Vorstoß der Abgeordneten Bausch, Adam und Gira

Als politisch unabhängige Organisation begrüßt die *Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg* a.s.b.l. (AHA) jeden Vorstoß, egal von welcher Partei, der mit einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik in Luxemburg vereinbar ist. In diesem Sinn zeigt sich AHA erfreut über die Forderung der drei Abgeordneten F. Bausch, C. Adam und C. Gira vom 7. Januar 2011, im luxemburgischen Parlament eine Orientierungsdebatte über die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften, allen voran der katholischen Kirche, zu führen.

Eine solche Diskussion ist längst überfällig und sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es kann nicht sein, dass in einem modernen Land eine zweifelhafte Organisation mit seit Jahrzehnten sinkenden Mitgliederzahlen jedes Jahr mit Steuergeldern in Millionenhöhe finanziert wird. Es ist schon sonderbar, dass sich der Staat um das Eintreiben der Mitgliederbeiträge einer privaten Organisation kümmert. AHA ist der Meinung, dass dies nicht die Aufgabe des Staates ist.

Des Weiteren werden auf diese Weise zahlreiche nicht-gläubige Menschen gezwungen, die Religionsgemeinschaften mitzufinanzieren, was eigentlich konträr zu Artikel 20 der luxemburgischen Verfassung ist. Nicht-gläubige BürgerInnen gibt es übrigens weitaus mehr als offiziell bekannt. Obwohl die Mehrheit der LuxemburgerInnen auf dem Papier katholisch sind, da als unmündige Kinder ungefragt getauft, so sind wohl die meisten von ihnen nicht gläubig.

Wenn man der Notwendigkeit zur Trennung von Kirche und Staat im allgemeinen, und auch den heute formulierten konkreten Forderungen der Abgeordneten Bausch, Adam und Gira jedoch mehr politisches Gewicht geben will, so ist es wichtig, dass die nicht-gläubigen Menschen dieses Landes eben genau zu diesem Nicht-Glauben stehen und für die Politik sichtbar werden.

www.aha.lu, 7. Januar 2011